

Baugenossenschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, die Druckumschläge 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die tarifliche Teuerungszulage

Die neue Teuerungszulage, die, ohne großes Aufsehen hervorzurufen, ihre Erledigung gefunden hat, kommt im allgemeinen der tatsächlichen Entwicklung nur in beschränktem Umfange nach. Wir meinen, dies sowohl in bezug auf die Kriegsteuerung, die auch durch die jetzige Zulage nur zu einem Teil ausgeglichen wird, wie auch auf die weiterhin bezahlten Löhne, die die heutigen Tariffsätze inklusive Teuerungszulage erheblich übersteigen. Die Vereinbarung für Groß-Berlin trägt der Entwicklung in größerem Umfange Rechnung. Die für das Berliner Vertragsgebiet zustande gekommene Teuerungszulage beträgt am 7. Juli 56 Pf. über dem tariflichen Stundenlohn. Auffallen kann es trotzdem, wenn die Berliner Vertragsparteien das Fördern und Anbieten höherer Löhne für unstatthaft erklären und eine Vertragsverletzung darin erblicken. Daß die Arbeiter bei tariflich festgelegten Löhnen keine höheren Löhne fordern dürfen, ist eine Selbstverständlichkeit; daß die Unternehmer keine anbieten dürfen, ist etwas völlig Neues. Es muß doch ein bestimmter Grund für diese Formulierung vorgelegen haben. Tatsächlich werden teilweise auch in Groß-Berlin höhere Stundenlöhne als die jetzt vereinbarten gezahlt. Die Wirkung der Vereinbarung muß sein, daß im Berliner Baugewerbe ausschließlich der tarifliche Stundenlohn erreicht wird. Denjenigen, die jetzt einen höheren Lohn haben, kann er nicht gekürzt werden; aber wechseln sie die Arbeitsstelle, fallen sie unter den Tariflohn. Immerhin werden es doch nicht allzu viele sein, die einen höheren als den jetzt vereinbarten Lohn haben. Für einen erheblichen Teil bedeutet die Neuordnung eine Verbesserung. Es wird eine neue stabile Grundlage geschaffen, die immer den Vorzug vor der Ausnutzung der Konjunktur durch einzelne verdient.

Für die Allgemeinheit des deutschen Baugewerbes haben wir nunmehr eine Teuerungszulage von 25 Pf. pro Stunde. Nehmen wir 2300 Jahresarbeitsstunden an, so bedeutet dies eine Erhöhung des jährlichen Einkommens um 575 M. Es wird niemand behaupten wollen, daß damit die Teuerung ausgeglichen sei. Die Kriegsteuerung erschöpft sich ja nicht mit den Lebensmittelpreisen, sondern greift auch auf alle anderen Verbrauchsgegenstände des Lebens über. Wir verweisen auf die horrenden und völlig ungerechtfertigte Preissteigerung für Kleider und Schuhe. Nimmt man die Lebensmittel nur allein, könnte eingeworfen werden: die Nationen sind festgesetzt, sie sind dem Weltbedarf nachgefragt, die Wirkung der Verteuerung auf den Haushalt wieder auf. Dies trifft ja nicht ganz zu. Neben den rationierten gibt es aber auch noch andere Lebensmittel, die zu den fabelhaftesten Preisen erworben werden müssen. Darüber kann doch kein Zweifel obwalten, daß der Arbeiter mit dem ihm zugeteilten Quantum nicht auskommen kann. Er muß sich umsehen, wo er noch mehr erhält, selbst wenn ihm der Erwerb aufs äußerste erschwert ist. Gerade dieses Punkt ist wichtig, es tritt nicht bei der öffentlichen Berechnung in Erscheinung.

Nur mit Sorgen geht der Familienvater heute zum Käufer. Nicht nur, daß eine außergewöhnliche Verteuerung der Schutzwaren und deren Instandhaltung eingetreten ist, sondern auch die Qualität hat sich außerordentlich verschlechtert. Die Folge ist ein größerer Verbrauch als in Friedenszeiten. Preiswerte Ersatzmittel im Lebensbedarf sind nur in geringem Umfange vorhanden.

Darüber haben auch die öffentlichen Stellen gesprochen. Die Staatshilfe, die nicht nur in der Lage ist, sondern auch nicht mehr reicht.

Nun wissen wir ja nicht, ob es uns möglich sein wird, die ganze Verteuerung jetzt und auch nach dem Kriege durch Lohnsteigerungen ausgleichen zu können. Zum mindesten liegt die Möglichkeit und auch die Wahrscheinlichkeit nahe, daß wir in unserer gesamten Lebenshaltung zurückgedrängt werden. Daß wir uns dagegen wehren werden, ist ganz selbstverständlich, wir werden jede unabwendbare Verschlechterung auf ein Mindestmaß herabzubringen versuchen. Diese Entwicklung wird vom Kriegsausgang wesentlich beeinflusst werden. Je günstiger der Friedensschluß ausfällt, um so vorteilhafter für unsere Volkswirtschaft und damit auch für die Lage der Arbeiter.

Die Zurückdrängung der Lebenshaltung wird in der äußeren Erscheinung der Lohnhöhe nicht bemerkbar werden. Die Löhne werden höher sein als zur Friedenszeit; trotzdem wird man sich weniger dafür kaufen können, weil die Verteuerung und Belastung prozentual höher ist als die Lohnsteigerung. Diese Entwicklung, die während des Krieges üppig ins Kraut geschossen ist, wird mit Kriegsende nur bis zu einem gewissen Grade und wahrscheinlich auch sehr langsam sich abbauen lassen.

Wenn daher die allgem. Teuerungszulage im Baugewerbe die gesteigerten Lebenskosten nicht ausgleicht, so haben wir doch ein großes Interesse an ihr. Zunächst wird auch der Teil der Bauarbeiter, der nur den Tariflohn und die vorjährige Teuerungszulage erhält, mit unter die Neuordnung gebracht; er erreicht damit eine merkliche wirtschaftliche Erleichterung. Sodann ist es sehr wesentlich, daß die höheren Löhne eine tarifmäßige Bindung erfahren haben. Darauf legen wir besonderes Gewicht, für zukünftige Tarifverhandlungen ist dies von großer Bedeutung. Mögen auch jetzt hier und da weit höhere Löhne gezahlt werden, bei Tarifverhandlungen wirken nur feste Unterlagen durchschlagend, so wie sie die jetzigen Teuerungszulagen darstellen. Sodann haben sich auch die Beteiligten an die neuen Löhne bereits gewöhnt, ein Zurück davon ist weit schwerer. Darüber braucht doch kein Zweifel obzuwalten, daß die heutigen, teilweise sehr hohen Löhne in der Kriegswirtschaft sich nicht aufrechterhalten lassen. Und so wird es mit allen Löhnen sein, die keine tarifmäßige Bindung erfahren haben.

Darin erblicken wir den größten Wert der jetzigen Teuerungszulage. Wenn es Mitglieder unter uns geben sollte, die der Meinung sind, es habe ihnen die Teuerungszulage keinen Vorteil gebracht, weil sie ja schon einen weit höheren Lohn hätten, so fallen sie an diese Seite der Vereinbarung denken. Wir haben damit eine bedeutungsvolle Unterlage für die Zukunft erreicht, abgesehen davon, daß sie einem immerhin wesentlichen Teil der deutschen Bauarbeiter eine ansehnliche Lohnsteigerung bringt. Die Stabilisierung der Einkommensverhältnisse der deutschen Bauarbeiter ist das Wichtigste und Entscheidende, nicht die Ausnutzung der Konjunktur durch einzelne. Insofern ist die tarifliche Neuordnung der Teuerungszulage ein Fortschritt, der erst voll gewirkt werden wird, wenn der Krieg vorüber ist und an die Regelung der Friedensverhältnisse herangetreten werden muß.

Aus dem Deutschen Reichstag

Am 15. Mai hatte der Deutsche Reichstag in der 11. Sitzung eine öffentliche Sitzung, die dem Reichstag als Ganzem, jedoch die gesamte Weltöffentlichkeit angeht, die Sitzung am 15. Mai hatte der Reichstag sehr wichtige Beschlüsse angenommen. Die Sitzung hat sich mit dem

sie verfahren sich und stoßen sich ab. Eroberungspolitik auf der einen Seite, ein vollständiges Vergleichen auf der anderen. Von beiden Seiten wird der Feind des deutschen Reiches gedrängt und geschoben, nun endlich zu enthüllen, welche Kriegsziele die deutsche Regierung verfolgt. Das Bedenkliche dieser Anschauungen und Bestrebungen liegt klar zutage. So weit sind wir wirklich noch nicht, daß die deutsche Regierung das, was sie will, bis in die letzte Einzelheit klarlegt.

Die Gegner der Konservativen sowohl wie der Sozialdemokraten haben ihre extremen Forderungen vertreten und vom Reichskanzler Klarheit verlangt. Der Reichskanzler hat ihnen diesen Wunsch nicht erfüllt. Er stellte in den Vordergrund, daß er dies Verlangen ablehne, weil dies im gegenwärtigen Augenblick dem Interesse des Landes nicht diene. Dabei kamen Erklärungen zutage, die von großer Bedeutung sind. Bethmann Hollweg lehnte es ab, im Namen einer Partei zu stehen, es dient nur den Interessen des deutschen Volkes, das sich dem Kaiser schart, dem es vertraut und dem es auch heute noch vertraut. Das Wort des Kaisers vom 4. April 1914 lebe unverfälscht fort, die Notwendigkeit für diese Beschlüsse sei in der Osterbotschaft zu finden. Diese Beschlüsse sind von großer innerpolitischer Tragweite, weil sie die rechtliche Grundlage konservativer Rechte gegen den Reichskanzler wegen der innerpolitischen Grundorientierung nach dem Kriege einzunehmen versagt. In wird auch mit den Mitteln angeblicher Schmälerung äußerlicher Rechte versucht.

„Wir wollen keine Eroberungs-, aber auch keine Verzichts politik“, so erklärte der Reichskanzler klar und bestimmt. Bei England und Frankreich ist auch noch heute nichts von einem Willen zum Friedensschluß zu bemerken. Welche Staaten sehen nach wie vor auf ihren ausschweifenden Eroberungs- und wirtschaftlichen Vernichtungszielen. Noch in der letzten Zeit wurde aus englischem Regierungsmunde verlautbart, die Kriegsziele, die England vor zwei Jahren verkündet habe, beständen unverändert fort. Deutschland, das im vorigen Winter frei vor aller Welt das Friedensangebot gemacht habe, könne unmöglich vor diese Feinde treten und ihnen sagen: „Mag es kommen wie es will, wir werden die Vergleichen sein, wir werden euch kein Haar krümmen. Aber ihr, die ihr uns ans Leben wollt, mögt ohne jedes Risiko euer Glück weiter versuchen.“ Eine solche Politik müsse die Regierung ablehnen, das sei der schönste und dank gegen unsere Kämpfer vor Arras und an der Aisne. Umgekehrt kann die Regierung auch kein Eroberungsprogramm aufstellen. Nicht um Eroberungen ist das deutsche Volk in den Krieg gezogen, sondern ausschließlich, um sein Dasein zu sichern, die Zukunft der Nation fest zu gründen. Gegenüber Rußland, das von England zum Aushalten im Kriege angezogen wird, erklärte der Reichskanzler, daß, wenn es weiteres Blutergießen von seinen Söhnen fernhalten wolle, wenn es seine Eroberungspläne für sich aufgebe, wenn es ein dauerndes christliches, friedliches Nebeneinanderleben zum deutschen Volk herstellen wolle, dann sei es eine Selbstverständlichkeit, daß Deutschland diesen Wunsch teile und die Möglichkeit eines solchen Zustandes nicht durch Forderungen unmöglich machen werde, die sich mit der Freiheit und dem Willen der Völker in Widerspruch setzen und die nur den Feind zu neuer Feindschaft mit Rußland in sich tragen müßten. Diese Worte sind von außerordentlicher Bedeutung, und wäre zu wünschen, daß sie in Rußland auf fruchtbaren Boden fallen.

Bethmann Hollweg erklärte, daß er sich von dieser Politik nicht abbringen lassen werde, auch nicht durch die Drohung, daß die Sozialdemokraten, wenn es der sozialdemokratische Sprecher Scheidemann sein habe, dem Reichskanzler bei diesen Darlegungen keinen Beifall erteilt, so hat er das deutsche Volk zu dem großen Entschluß gedrängt, unter sich für diese Resolutionen die nötige Unterstützung zu finden, die notwendig ist, um die Regierung zum Abgeben der Beschlüsse zu zwingen.

der Arbeit des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands. Die Arbeiter sind zu solcher Mitarbeit bereit und fähig, sie werden Deutschland siegen und nach erfolgtem Frieden sein Haus fest und wohlhätig ausbauen helfen.

Am Sonntag, den 27. Mai, ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

forgen und ernähren können, und die deshalb zur Auswanderung nach anderen Ländern gezwungen ist. Deutschland gehörte früher auch hierzu; nach Anfang der 80er Jahre wanderten über 200 000 Deutsche aus.

Eine Milliarde. Wie mitgeteilt wird, sind nach immer noch recht unvollständigen Meldungen bis Ende April auf weit mehr als 800 Millionen Mark vom deutschen Heer auf die sechste Kriegsanleihe gezeichnet worden, und es darf mit einem Schlussergebnis von einer Milliarde gerechnet werden.

Die Sicherung preiswerter Baumaterialien bezweckt folgende kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jaeger und Göhre: Nach Beendigung des Krieges werden große Massen von Baustoffen frei, die gegenwärtig zur Verfügung der deutschen Heeresverwaltung stehen und deren Wert auf mehrere Milliarden geschätzt wird.

Was gewinnt uns den Krieg? Auf dem Festmahl des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten führte General Groener hierüber aus:

Was ist denn dieser Krieg, in dem wir leben? Es ist nicht ein Krieg des Heeres, nicht ein Krieg der Truppen; es ist ein Krieg des ganzen Volkes, und einem Volkskriege brückt ein ganz besonderes Gepräge auch der Wirtschaftskrieg auf.

Die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen in Deutschland. Nach dem Reichs-Arbeitsblatt sind im Reich insgesamt 910 gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen tätig. Davon sind 262 von den freien Gewerkschaften begründet.

Entlassungs- und Ablehrschein. Eine wichtige Frage des Vaterländischen Hilfsdienstes wurde durch das Kriegsamt nach einer Mitteilung im Solinger Schlichtungsausschuss entschieden.

Hilfsdienstgesetz greife insoweit in die privatrechtlichen Verhältnisse, als durch ihn die Freizügigkeit beschnitten werde. Hieraus hat der Arbeitgeber nach Ansicht des Kriegsammtes das Recht, den Ablehrschein zu verweigern.

Ungeheure Steigerung der Weizenpreise. Die Knappheit der Weizenvorräte auf dem Weltmarkt treibt die Preise geradezu ungeheuerlich in die Höhe. Am 13. Mai betrug der Preis für eine Tonne Weizen an der New Yorker und Chicagoer Börse über 550 M.

Die Kriegsgefangenen Deutschlands. Bis zum 10. April waren nach den amtlichen Listen in unseren Kriegsgefangenen-Lagern nachgewiesen:

Table with columns: Offiziere, Mannschaften, Mehr am 10. April. Rows include: Franzosen, Russen, Belgier, Engländer, Serben, Rumänen, Italiener, Portugiesen, Japaner.

Die Gesamtzahl der in Deutschland und den von uns besetzten Gebieten untergebrachten Gefangenen betrug am 1. Februar 1 690 731. Die am 10. April festgestellte Zahl von 19 914 Offizieren und 1 795 574 Mannschaften ergibt zusammen 1 815 488, also seit dem 1. Februar ein Mehr von 244 0 Offizieren und 122 817 Mannschaften, zusammen 124 757 mehr als zehn Wochen vorher.

Der Abbau der Viehhaltung. Daß ein ziemlich umfangreicher Abbau der Viehhaltung auch dann nötig bleibt, wenn als Folge vom Herbst ab der Fleischkonsum aus alleräußerster Einschränkung werden müßte, beweist nunmehr auch Prof. Dr. Remm (Dorn) in gründlichen Erörterungen.

Abrechnung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für das Jahr 1916

Table with columns: Einnahme, Ausgabe. Rows include: Für Futterale, Hausstatterbücher, Stempel, Abonnement der Baugewerkschaft, Broschüren und Flugblätter, Briefe angelegter Kaputtellen, Miete aus dem Verbandshaus, Versicherungsbeiträge der Beamten und Sonstiges.

Table with columns: Vermögen ausweis. Rows include: Kassenbestand in der Samstags- und in der wöchentlichen Zentral-Kassengelder in den Verwaltungsstellen, Fonds Verbandshaus, Geländervermögen am 31. Dezember 1915, Weniger gegen das Vorjahr.

Table with columns: Ausgabe. Rows include: a. Verbandsorgan, b. Agitation, c. Unterstützungen, d. Verwaltung. Rows include: Für Satz, Druck, Papier und Expedition der Baugewerkschaft, Redaktion, Mitarbeit, Zeitungen und Zeitschriften, Porto, politisches Organ, holländisches Organ, italienisches Organ (Restsumme 1914).

Die Revisoren: Aug. Schmitt, Konrad... Aug. Prof. Glabbe, Selur. Schmidt, Dr. ... Der Zentralverband: J. A. Anton Schmidt.

